



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 20. März 2026 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangene Sitzungswoche stand erneut im Zeichen einer angespannten internationalen Lage. Der anhaltende Konflikt im Nahen Osten hat viele Menschen auch in Deutschland verunsichert – sei es mit Blick auf die Sicherheitslage oder die wirtschaftlichen Folgen. Besonders spürbar waren die Auswirkungen an den Tankstellen: Die stark gestiegenen Spritpreise belasten Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen.

Die Bundesregierung hat darauf reagiert und bereits in der Vorwoche Teile der strategischen Ölreserven freigegeben, um den Preisdruck zu reduzieren. Gleichzeitig wurden weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Wettbewerb im Kraftstoffmarkt zu stärken und Preisschwankungen transparenter zu gestalten. In diesem Zusammenhang hat auch die eingesetzte Taskforce zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Iran-Krieges erneut getagt und sich mit Experten aus Wirtschaft, Verbraucherschutz und Wettbewerbspolitik ausgetauscht.

Im Bundestag hat Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung die außen- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der Bundesregierung dargelegt. Im Mittelpunkt standen dabei die sicherheitspolitischen Entwicklungen im Nahen Osten sowie die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Klar wurde: In einer zunehmend unsicheren Welt braucht es eine handlungsfähige Regierung, die außenpolitisch Verantwortung übernimmt und gleichzeitig die wirtschaftlichen Grundlagen im eigenen Land stärkt.

Auch die europäische Perspektive spielte eine zentrale Rolle. Die Beratungen zum Europäischen Rat haben gezeigt, wie wichtig eine enge Abstimmung innerhalb Europas ist – sowohl in der Außenpolitik als auch bei wirtschaftlichen Fragen. Deutschland muss dabei eine aktive und gestaltende Rolle einnehmen.

Neben der Außen- und Wirtschaftspolitik standen auch zahlreiche innenpolitische Themen auf der Tagesordnung dieser Sitzungswoche.

Herzlich, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Maßnahmen gegen hohe Spritpreise
- Wissenschaft stärken – Wettbewerb sichern
- Impuls und Austausch zum Horn von Afrika

Maßnahmen gegen hohe Spritpreise.

Die stark gestiegenen Spritpreise haben in den vergangenen Wochen viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erheblich belastet. Der Deutsche Bundestag hat deshalb ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um den Wettbewerb auf dem Kraftstoffmarkt zu stärken und übermäßige Preisschwankungen einzudämmen.

Kern des Gesetzes ist die Einführung des sogenannten „österreichischen Modells“: Tankstellen dürfen ihre Preise künftig nur noch einmal täglich erhöhen – Preissenkungen bleiben jederzeit möglich. Damit wird die bisherige Praxis, Preise teils mehrfach täglich anzupassen, deutlich eingeschränkt und für Verbraucher transparenter gestaltet.

Darüber hinaus wird die Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel verschärft. Durch eine Umkehr der Darlegungs- und Beweislast wird es den Kartellbehörden erleichtert, gegen mögliche Wettbewerbsverstöße vorzugehen. Ergänzend werden die Instrumente für Sektoruntersuchungen gestärkt, um Marktstrukturen besser analysieren und gegebenenfalls regulierend eingreifen zu können.

Flankierend hatte die Bundesregierung bereits zuvor einen Teil der strategischen Ölreserven freigegeben, um kurzfristig Druck aus dem Markt zu nehmen.

Insgesamt verfolgt das Maßnahmenpaket das Ziel, Preisentwicklungen nachvollziehbarer zu machen und fairen Wettbewerb zu sichern.

***Standpunkt:** Hohe Energiepreise treffen nicht nur den Einzelnen, sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb ist es richtig, gezielt dort anzusetzen, wo der Markt nicht mehr transparent oder fair funktioniert.*

Mit den beschlossenen Maßnahmen sorgen wir für mehr Transparenz, mehr Wettbewerb und mehr Fairness an der Zapfsäule. Es geht dabei nicht um staatliche Preisvorgaben, sondern um klare Regeln, die Missbrauch verhindern und Vertrauen stärken.

Gleichzeitig bleibt klar: Dauerhafte Entlastung erreichen wir nur durch eine stabile Energieversorgung, funktionierende Märkte und eine insgesamt starke Wirtschaft. Das Maßnahmenpaket ist daher ein wichtiger Schritt – aber nicht das Ende der politischen Verantwortung in diesem Bereich. •

Vergütung in der Psychotherapie angepasst.

In dieser Woche stand auch die Vergütungsanpassung in der psychotherapeutischen Versorgung im Fokus. Grundlage der Entscheidung ist das gesetzlich geregelte Verfahren der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen: Die konkrete Ausgestaltung der Vergütung wird nicht politisch festgelegt, sondern durch den sogenannten Bewertungsausschuss – bestehend aus der

Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem GKV-Spitzenverband.

Auf Basis aktueller Daten des Statistischen Bundesamtes zur Kostenstruktur medizinischer Praxen sowie ergänzender Auswertungen hat der Erweiterte Bewertungsausschuss beschlossen, die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen zum 1. April 2026 um 4,5 Prozent abzusenken. Gleichzeitig werden die sogenannten Strukturzuschläge, insbesondere zur Finanzierung von Personalkosten, um 14,25 Prozent erhöht.

In der Gesamtbetrachtung fällt die tatsächliche finanzielle Auswirkung für viele Praxen differenziert aus: Während die Absenkung der Grundvergütung spürbar ist, wirken die erhöhten Zuschläge in Teilen kompensierend – insbesondere für Praxen, die diese vollständig in Anspruch nehmen können.

Das Bundesgesundheitsministerium wird die Entscheidung im Rahmen seiner Rechtsaufsicht überprüfen. Zudem wurde bereits angekündigt, dass der Beschluss auch gerichtlich überprüft werden könnte.

Standpunkt: *Die Entscheidung zur Anpassung der Vergütung zeigt einmal mehr, wie sensibel die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit im Gesundheitswesen ist. Klar ist: Die psychotherapeutische Versorgung ist ein zentraler Bestandteil unseres Gesundheitssystems – und die Nachfrage steigt seit Jahren kontinuierlich.*

Auch wenn die konkrete Vergütung nicht politisch festgelegt wird, ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine verlässliche, flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung gewährleistet bleibt. Dazu gehört auch, die Auswirkungen solcher Entscheidungen aufmerksam zu begleiten.

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist entscheidend: Die Arbeit von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verdient Anerkennung und faire Rahmenbedingungen. Gleichzeitig müssen die Strukturen im Gesundheitswesen transparent, nachvollziehbar und rechtssicher bleiben.

Die weiteren Entwicklungen – auch im Hinblick auf mögliche rechtliche Überprüfungen – werden wir daher aufmerksam verfolgen. •

Wissenschaft stärken – Wettbewerb sichern.

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung die Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes beraten. Ziel der Reform ist es, die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation in Deutschland weiter zu verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts zu stärken.

Kern des Gesetzentwurfs ist es, projektgeförderten Forschungseinrichtungen mehr Flexibilität bei der Vergütung ihrer Beschäftigten zu ermöglichen. Künftig sollen sie – ohne zusätzliche staatliche Mittel – Gehälter oder Gehaltsbestandteile anbieten

können, die über dem Niveau vergleichbarer Bundesbeschäftigter liegen. Damit reagiert die Bundesregierung auf den globalen Wettbewerb um die besten Köpfe in Wissenschaft und Forschung.

Gleichzeitig bleibt der Grundsatz bestehen, dass öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden müssen. Die Reform schafft daher klare Regeln für Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Ziel ist es, wissenschaftliche Exzellenz zu fördern und gleichzeitig die Integrität staatlicher Finanzierung zu sichern.

Mit dem Gesetz wird ein wichtiger Impuls gesetzt, um Forschungseinrichtungen in Deutschland im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger aufzustellen und Innovation gezielt zu fördern.

Standpunkt: *Deutschland lebt von seiner Innovationskraft – und diese entsteht vor allem durch starke Forschung. Wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, müssen wir unseren Wissenschaftseinrichtungen die nötigen Freiräume geben.*

Die Anpassung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes ist deshalb ein richtiger Schritt: Mehr Flexibilität bedeutet mehr Attraktivität für Spitzenkräfte. Gleichzeitig ist es wichtig, dass diese Freiheit mit Verantwortung einhergeht – insbesondere beim Umgang mit öffentlichen Mitteln. Für uns als CDU/CSU-Fraktion gilt: Wir vertrauen unserer Wissenschaft und schaffen die Voraussetzungen, damit sie ihr Potenzial entfalten kann. Denn Innovation ist kein Selbstläufer – sie braucht verlässliche Rahmenbedingungen, kluge Regeln und den Mut zur Weiterentwicklung. •

Impuls und Austausch zum Horn von Afrika.

Am Rande der Sitzungswoche hatte ich die Gelegenheit, mit Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen eines Initiativseminars intensiv über die Entwicklungen am Horn von Afrika zu sprechen. In meinem Impuls ging es insbesondere um die strategische Bedeutung der Region und die Frage, wie Deutschland und Europa ihren Blick auf Ostafrika schärfen müssen.

Das Horn von Afrika ist längst keine Randregion mehr, sondern ein geopolitischer Knotenpunkt zwischen Afrika, dem Nahen Osten und Asien. Zentrale Handelsrouten verlaufen durch die Region, gleichzeitig treffen dort wirtschaftliche Interessen, sicherheitspolitische Herausforderungen und geopolitische Ambitionen verschiedenster Akteure aufeinander. Entwicklungen vor Ort haben daher unmittelbare Auswirkungen – auch auf Europa und Deutschland, etwa bei Lieferketten, Energiepreisen und wirtschaftlicher Stabilität. Im anschließenden Austausch wurde deutlich, wie groß das Interesse der jungen Stipendiatinnen und Stipendiaten an einer differenzierten und strategischen Afrikapolitik ist. Diskutiert wurden unter anderem die wachsende Rolle internationaler Akteure wie China, Russland oder der Golfstaaten sowie die Notwendigkeit, europäisches Engagement stärker zu bündeln und langfristig auszurichten.

Solche Gespräche sind für mich besonders wertvoll: Sie verbinden wissenschaftliche Perspektiven mit politischer Praxis und bringen neue Impulse in die parlamentarische Arbeit. Ich danke den Stipendiatinnen und Stipendiaten für die engagierte Diskussion und freue mich auf den weiteren Austausch. •

Die gute Nachricht der Woche **Stärkere Rechte für Reisende in Europa.**

Für Reisende in Europa gibt es gute Nachrichten: Die EU-Fluggastrechte werden weiter gestärkt. Ziel der neuen Regelungen ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher bei Verspätungen, Ausfällen und Problemen mit Pauschalreisen besser zu schützen und bestehende Rechte klarer und durchsetzbarer zu machen.

Künftig sollen Entschädigungsansprüche einfacher geltend gemacht werden können. Gleichzeitig wird mehr Transparenz geschaffen, damit Reisende ihre Rechte besser kennen und auch tatsächlich nutzen können. Gerade bei Flugausfällen oder erheblichen Verspätungen sollen Verfahren beschleunigt und bürokratische Hürden reduziert werden.

Auch im Bereich der Pauschalreisen werden Verbraucherrechte gestärkt. Reiseveranstalter müssen künftig klarer über ihre Leistungen informieren und haften in bestimmten Fällen umfassender, wenn

Leistungen nicht wie vereinbart erbracht werden. Das sorgt für mehr Verlässlichkeit und Sicherheit bei der Urlaubsplanung.

Die Reform ist ein wichtiger Schritt für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt, in dem Verbraucherrechte ernst genommen werden. Wer reist, soll sich darauf verlassen können, fair behandelt zu werden und im Problemfall unkompliziert Unterstützung zu erhalten. •